

AUF EINEN BLICK

Executive Summary

Impulse:

Sonderwirtschaftszonen oder Sonderfördergebiete

Potential für die deutschen Braunkohlereviere?

- In der deutschen Regionalpolitik spielen Sonderwirtschaftszonen (SWZ) – abgesehen von Freihäfen – bisher keine zentrale Rolle. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt die Zahl der SWZ weltweit auf über 3.500 mit fast 66 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Tendenz steigend. In der EU werden SWZ als Instrument der Strukturpolitik beispielsweise in Polen, Litauen oder Irland angewandt.
- Ziele der Sonderregelungen einer SWZ können die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen, Unternehmensgründungen, Innovationsaktivitäten oder auch die Sanierung von städtischen Problemgebieten sowie die Reaktivierung industrieller Brachflächen sein. Verstärkt stehen Forschungsparks, Gründerzentren und vor allem große Technologiezentren im Fokus. In letzter Instanz geht es um die Initiierung von Wachstum und die dadurch begünstigte Schaffung von Arbeitsplätzen.
- SWZ werden nicht nach einem einheitlichen „Rezept“ gestaltet, vielmehr ist die individuelle Ausgestaltung von den regionalen sowie nationalen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen abhängig.
- Ob und unter welchen Rahmenbedingungen SWZ – oder Sonderfördergebiete – in den deutschen Braunkohlereviere mit dem europäischem Wettbewerbs- und Beihilferecht vereinbar sind, hängt von ihrer konkreten Ausgestaltung ab. Anzudenken wären zum Beispiel die Erleichterung bürokratischer Prozesse, erleichterte Flächennutzungsplanungen, Bauleit- und Genehmigungsverfahren oder erweiterte Unterstützungsangebote für Investoren, wie etwa durch regionale Wirtschaftsförderungseinrichtungen und lokale Dependancen.
- Bei konzeptionellen Überlegungen zur Schaffung einer SWZ oder eines Sonderfördergebiets sind auch einige kritische Punkte aufzuführen. Nicht zuletzt der Aspekt, dass Ausnahmenregelungen und Sonderstatbestände für ein bestimmtes Gebiet erhebliche Auswirkungen auf angrenzende nicht-bevorzugte Regionen haben können. Es ist aber anzumerken, dass ein Großteil der Nachteile durch eine gezielte Ausgestaltung der SWZ aus dem Weg geräumt werden kann.
- Vor allem müssen die entsprechenden Konzepte und Entscheidungsprozesse zeitnah erörtert und auf den Weg gebracht werden, wenn den Herausforderungen des Braunkohleausstiegs in den betroffenen Regionen frühzeitig und möglichst wirkungsvoll begegnet werden soll. Neue Instrumente der Strukturpolitik, wie die hier vorgestellten Konzepte von Sonderwirtschaftszonen oder Sonderfördergebieten, können – innerhalb der rechtlichen und regionalspezifischen Rahmenbedingungen – einen diskussionswerten Beitrag für die Zukunft der Braunkohlereviere darstellen.

• • • Die vollständige Version der Studie finden Sie auf unserer Homepage www.arbeit-umwelt.de • • •